

Ein Bericht aus der Zukunft

Wir leben in einer Gesellschaft, in der es keine Armut mehr gibt und die Angst vor Armut längst in Vergessenheit geraten ist. Jedes Mitglied unserer politischen Gemeinschaft erhält Monat für Monat vom Bundesfinanzminister einen Betrag auf sein Konto überwiesen, der die wirtschaftliche Existenz sichert und eine Basis-Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben ermöglicht. Der Betrag ist für jede und jeden gleich, unabhängig von Familienstand und Lebensform, Einkommen und Vermögen oder von der Ausübung einer bezahlten Erwerbsarbeit, allein als Anerkennung und Wertschätzung des Mensch-Seins. Vielleicht lautet der Verwendungszweck der Überweisung „Schön, dass es dich gibt“ oder „Du bist wertvoll“?

Früher war das Phänomen der Armut und des Lebens in „prekären Verhältnissen“ noch weit verbreitet. Vor allem Alleinerziehende, Familien mit Kindern, Rentner und Arbeitslose mussten oft um ihre Existenz fürchten und sich einem unbarmherzigen und höchst ineffizienten Sozialsystem unterwerfen. Das massenhafte Erscheinen von „Tafeln“ zur Speisung der Bedürftigen in den Städten wurde geradezu zum Symbol dieser Entwicklung. Von Kindheit an lernten die Menschen, dass man nur besser als die anderen sein und Top-Leistungen bringen müsse, um auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich sein und sein Leben selbstbestimmt leben zu können. Psychische Erkrankungen wurden als Folge dieses Leistungsdrucks zum Massenphänomen. Politik und Wirtschaft waren auf ein „immer schneller, immer höher, immer mehr“ programmiert, auch um „Arbeitsplätze“ zu sichern oder zu schaffen. Damals glaubte man noch, dass der Erwerbs-Arbeitsplatz eines der höchsten Güter der Menschen in unserer Gesellschaft sei und man dem auch die Ökologie und globale soziale Gerechtigkeit unterzuordnen habe.

Heute fühlen sich die Menschen frei. Ausbildungs- und Berufswege werden eingeschlagen, weil man dort das persönliche Potenzial entfalten kann und nicht nur wegen der vermeintlichen Sicherheit des Arbeitsplatzes oder wegen des Geldes. Bildung wurde zur lebensbegleitenden Normalität. Die Leute bekommen Kinder, wenn sie es sich wünschen und kümmern sich so lange und intensiv um sie, wie sie wollen. Viele nehmen sich gerne die Zeit, sich ohne finanziellen Druck um ihre pflegebedürftigen Angehörigen zu kümmern. Andere gehen in Teilzeit einer Erwerbsarbeit nach und widmen sich sonst ehrenamtlichen Tätigkeiten. KünstlerInnen widmen sich entspannt ihren Leidenschaften und bereichern mit ihrem Schaffen die Kulturwelt. Das Leben ist langsamer und entspannter als früher, es hat sich ein Bewusstsein durchgesetzt, dass „Sein“ mehr ist als „Haben“, was sich auch in einem achtsamen Umgang mit der Umwelt und in der sozialen Verantwortung für alle Menschen zeigt.

Wie es dazu kam

Die materiellen Voraussetzungen für die Einführung eines solchen humanökologischen Grundeinkommens waren am Anfang des 21. Jahrhunderts durch die enorme Produktivität der Wirtschaft gegeben, die durch die schnell fortschreitende Digitalisierung weiter dramatisch gesteigert wurde. So war es keine Frage, ob genug Güter und Dienstleistungen bereit stehen, um allen Existenz und Teilhabe zu sichern, vielmehr ging es nur noch um deren Verteilung. Vor dem Hintergrund der Klimaerwärmung und anderer ökologischer Herausforderungen dieser Zeit entschied man sich, einen großen Teil der nötigen Umverteilung mit einer bewussten Lenkungswirkung hin zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise zu verbinden. So gab es eine ökologische Steuerreform mit neuen oder höheren Steuern auf Energie- und Rohstoffverbrauch sowie auf Schadstoffemissionen. Konsumenten und Produzenten mit stärkerem ökologischem Fußabdruck wurden so stärker belastet, während umweltbewusste Unternehmen und Bürger profitierten. Einen weiteren großen Beitrag

brachte der gerechtigkeitsorientierte Umbau des Steuersystems, wie zum Beispiel die Einführung von Finanztransaktionssteuern, Aufhebung der Steuerprivilegien von Kapitalerträgen, konsequente Abschaffung von Steuerschlupflöchern bis hin zur Einführung einer Vermögenssteuer und der Erhöhung von Erbschaft- und Einkommensteuern. Das Grundeinkommen blieb von allen Steuern und Abgaben frei, dafür entfielen alle Steuerfreibeträge auf Erwerbseinkommen. Die restlichen Mittel für das Grundeinkommen mussten nicht umverteilt werden, sie ergaben sich von selbst aus den Einsparungen durch nicht mehr benötigte Sozialleistungen und der damit verbundenen Bürokratie. Die Finanzierung des zu Beginn angesetzten Grundeinkommens von 1.000 € für Erwachsene und 500 € pro Kind (insgesamt 810 Mrd. Euro) war so gesichert.

Freilich bedeutete die Einführung des humanökologischen Grundeinkommens eine gesellschaftspolitische Revolution von historischer Dimension. Es bedurfte daher vieler Begleitmaßnahmen und eines ausgefeilten Plans zur schrittweisen Umsetzung. So wurde ein neues Einwanderungs- und Einbürgerungsgesetz erarbeitet, um unkontrollierte Sozial-Zuwanderung zu vermeiden. Es musste ein neues, ganzheitliches Bildungssystem entwickelt und eingeführt werden, das die jungen Leute befähigt, eigenständig und eigenverantwortlich mit den ungeahnten Freiheiten und Selbstbestimmungsmöglichkeiten umzugehen, die ein Grundeinkommen ermöglichen. Zu Beginn knüpfte man den Bezug des Erwachsenen-Grundeinkommens bei jungen Erwachsenen an ein verpflichtendes ökologisches, soziales oder sonst gemeinwohlorientiertes Jahr und den Beginn einer Berufsausbildung. So wurde verhindert, dass sich die jungen Leute aus den damals noch vorhandenen „bildungsfernen“ Schichten mit der Aussicht auf ein Grundeinkommen zufrieden gaben, ohne sich engagieren zu müssen.

Über die richtige Umsetzungsstrategie für das Grundeinkommen wurde intensiv gerungen. Manche propagierten eine betraglich gestaffelte Einführung, andere wollten es zu Beginn nur Rentnern und Kindern zukommen lassen. Wie wir heute erleben, fand man den richtigen Weg, weil das Ziel für alle Beteiligten klar war: „Das gute Leben für Alle“.